

Der Ungeist von Potsdam

Im Kirchenschiff und auf den Emporen sind ausschließlich Braunhemden zu sehen: Fast 3000 Parteigenossen haben sich am 19. August 1933 in der Potsdamer Garnisonkirche versammelt, um der Fahnenweihe der NSDAP beizuwohnen. Das traditionsreiche Gebäude – es ist bis auf den letzten Platz besetzt – verleiht der Veranstaltung einen geschichtsträchtigen Rahmen. Oben, an den Pfeilern des Kirchenschiffes, hängen die Fahnen der alten kaiserlichen Armee. Unten, im Altarraum, stehen die Fahnenträger der NSDAP mit ihren Hakenkreuzflaggen.

Zum Auftakt erklingt das Lied *Ich hab' mich ergeben*, das Nationalisten aller Richtungen schon im 19. Jahrhundert sangen. Es folgt das in der SA beliebte *Thüringische Schulgebet* des Nazi-Dichters Arno Kühn. Dann spricht Pfarrer Curt Koblanck. Mit markigen Worten erinnert er daran, wie treu die Gemeinde zu den Fahnen der preußischen Armee gehalten habe. Die gleiche Treue verdiene nun der »Führer«. Hart hallen die Worte Koblancks durch die Kirche: »Wer leben will, der kämpfe, und wer nicht streiten will in dieser Welt des ewigen Ringens, verdient das Leben nicht!« Zum Schluss deklamiert er: »Niemand hat ein Volk sich seinen Raum erworben ohne Kampf. Das ist das alte Gesetz, das durch die ganze Weltgeschichte hindurchgeht: Kampf!«

Die Veranstaltung ist, wie viele weitere NS-Versammlungen in der Garnisonkirche, gut dokumentiert, allen voran der »Tag von Potsdam« am 21. März 1933, als Adolf Hitler und Paul von Hindenburg das Bündnis zwischen den nationalsozialistischen und den deutschnationalen Kräften besiegelten. Wer in die Akten schaut, wird auch darüber hinaus reichlich fündig. Doch nicht jeder will hinschauen.

Seit 2004 setzt sich eine Fördergesellschaft für die Rekonstruktion der Kirche ein; 2008 wurde die Stiftung Garnisonkirche ins Leben gerufen. Bereits 2017 will man mit den Arbeiten beginnen. Im Zweiten Weltkrieg war das 1735 fertiggestellte Gebäude schwer beschädigt worden, 1968 wurde die Ruine gesprengt. Als Erstes soll nun der Turm wiedererstanden, geschätzte Kosten: 37,8 Millionen Euro.

Immer wieder kam es darüber zu Konflikten. Vor zwei Jahren gipfelten sie in einem erfolgreichen Bürgerbegehren gegen das Projekt. Demonstranten hielten Plakate hoch, auf denen die Silhouette der Kirche anstelle des Hakenkreuzes in einen weißen Kreis auf rotem Grund montiert war. Jetzt, am 8. und 9. April, soll die Synode der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz über den Wiederaufbau entscheiden.

Zur Weimarer Zeit war die Garnisonkirche ein Wallfahrtsort der Antidemokraten

Dass dabei unangenehme historische Fragen auf den Tisch kommen werden, ist auch der Fördergesellschaft und der Stiftung bewusst. Sie versprechen daher geflissentlich einen »ehrlichen Umgang« mit der Geschichte. Tatsächlich sind sie davon weit entfernt. Das Buch *Die Garnisonkirche – Krone der Stadt und Schauplatz der Geschichte* von Andreas Kitschke, das die Förderer herausgegeben haben, blendet die unseelige Rolle des Gebäudes während der Weimarer Republik und im Nationalsozialismus fast vollständig aus. Nach dem »Tag von Potsdam« 1933, behauptet der Autor, habe es hier nur zwei nationalsozialistische Propagandaveranstaltungen gegeben. Noch fragwürdiger ist die Darstellung auf der Internetseite der Stiftung. Diese beschränkt sich auf die Zeit nach 1945. Statt historischer Aufklärung gibt es Computeranimationen des Gebäudes vor wolkenlosem Himmel.

Wolkenlos war der Himmel über der Garnisonkirche nie. Das Gotteshaus ist eines der umstrittensten Gebäude Deutschlands. Bereits vor 1933 zählte es zu den Sehnsuchtsorten antidemokratischer und nationalistischer Kräfte. Es galt als »Heiligtum Preußen-Deutschlands«, als »Wallfahrtsort aller national denkenden und fühlenden Kreise«, als »Pilgerstätte«, in der »die vaterländisch gesinnten Kreise sich Stärkung für den Kampf um das echte Deutschtum suchen«.

Dazu trug nicht zuletzt die Architektur bei, die die militärische Stärke Preußens zur Schau stellte. Der

Turm war mit Reliefbildern von Gewehren, Schwertern, Pfeilen, Pistolen und Waffenbündeln übersät. Auf den Podesten standen Trophäen, die erbeutete Waffen der Gegner darstellten und von den Siegen Brandenburg-Preußens kündeten. Über allem thronte eine Wetterfahne, die den Leitspruch des Erbauers Friedrich Wilhelm I. *Nec soli cedit* (»Selbst der Sonne weicht er nicht«) illustrierte: Kampfeslustig reckte sich auf ihr der preußische Adler der Sonne entgegen.

Ebenso waffenstarr war die Gruft im Inneren, in der die Särge der Preußenkönige Friedrich Wilhelm I. und Friedrich II. standen. Sogar das Kirchenschiff hatte man mit Symbolen der siegreichen Kriege Preußens und des Kaiserreichs ausstaffiert. Hier wehte er, der viel beschworene »Geist von Potsdam«: Treue bis in den Tod, bedingungsloser Gehorsam, Kampf bis zum letzten Blutstropfen.

Nach der deutschen Niederlage von 1918 entwickelte sich die Garnisonkirche zu einer Trutzburg, in der Nationalisten, Antidemokraten und Antisemiten aller Couleur ihren Hass auf die Demokratie kultivierten. Hier trugen die Deutschnationale Volks-

Die Garnisonkirche war einst ein Wahrzeichen der preußischen Residenzstadt. Nun wird, nach jahrelangem Streit, über ihren Wiederaufbau entschieden. Zeit, die finstere Geschichte des Gebäudes offenzulegen

VON MATTHIAS GRÜNZIG



Abb.: Bundesarchiv (n2: Artphok [MD])

Die Ruine der Potsdamer Garnisonkirche nach dem Krieg. In den Himmel projiziert: Eine alte Ansicht des Turms (Fotomontage von 1948)

partei (DNVP), der Stahlhelm, der Reichskriegerbund »Kyffhäuser« und die Vereinigten Vaterländischen Verbände ihre Tiraden gegen die Republik vor. Die Demokratie wurde in Reden und Predigten als »Armenhaus und Irrenhaus«, als »großes Reich der Lüge« und als »welthistorische Pleite« diffamiert.

Zwei Gemeinden wirkten an der Kirche: die Militärgemeinde für die Soldaten der Potsdamer Garnison und die Zivilgemeinde. Letztere gestattete bereits im November 1919 eine Propagandaveranstaltung der DNVP mit dem Weltkriegsgeneral Erich Ludendorff, in der zum Sturz der Demokratie und zu einem neuen Waffengang aufgerufen wurde. Offen gegenüber rechten Organisationen zeigte sich auch der Pfarrer der Militärgemeinde Curt Koblanck, der 1925 sein Amt antrat. Im Pfarrarchiv der Garnisonkirche finden sich freundschaftliche Briefwechsel zwischen Koblanck und rechtsradika-

len Organisationen wie dem Stahlhelm und der SS. Seine Briefe unterzeichnete er schon vor 1933 »Mit Deutschem Gruß« oder auch mit »Heil Hitler«.

Früh öffnete sich die Garnisonkirche der NSDAP. Am 4. April 1932 veranstaltete die Partei in Potsdam einen Wahlkampfauftritt mit Adolf Hitler, gekrönt von einem Fackelzug. Die Garnisonkirche diente als Kulisse: In Abstimmung mit dem Gemeindekirchenrat erstrahlte sie in Festbeleuchtung und machte ihre Tore weit, flankiert von fackeltragenden SA-Männern.

In einem Leserbrief an das sozialdemokratische *Potsdamer Volksblatt* verurteilten daraufhin zwanzig aufgebrachte Christen diese Anbiederung. Die Gemeinden der Garnisonkirche revanchierten sich auf ihre Weise: Sie luden zur 200-Jahr-Feier am 31. Juli 1932 zwar zahlreiche Medien ein, doch das *Potsdamer Volksblatt* blieb außen vor. Auch andere kritische Zeitungen hatten das Nachsehen. Blätter aus »jüdischen Verlagen« erhielten ohnehin keine Einladung.

Der »Tag von Potsdam« am 21. März 1933 machte die Garnisonkirche endgültig zur nationalsozialistischen Weihstätte. Pfarrer Curt Koblanck feierte das

Veranstaltungen von NS-Organisationen waren fortan an der Tagesordnung. Am 16. September 1933 lud man zum »Tag des Staatsrates« mit Hermann Göring. Am 29. Oktober folgte eine Fahnenweihe der Nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation. Am 26. November feierte die NSDAP eine Totenfeier. Am Morgen des 24. Januar 1934 hielt der Reichsarbeitsdienst eine Feierstunde ab, am Abend fand eine Fahnenweihe der Hitlerjugend statt. Die Aufzählung ließe sich fortsetzen.

Von 1937 an glichen die Gottesdienste nationalsozialistischen Spektakeln

Unter den Pfarrern der Garnisonkirche gab es keinen, der aufbegehrt hätte. Alle haben sich dem »Führer« treu ergeben. Curt Koblanck wurde Ende 1934 zum Heeresoberpfarrer befördert und nach Münster versetzt. Sein Nachfolger Werner Schütz war ebenfalls begeisterter Nazi; in seinem Buch *Soldatentum und Christentum* propagierte er den »totalen Krieg«. Auch die von 1937 an amtierenden Pfarrer Rudolf Damrath und Johannes Doebling (dessen Vater Bruno Doebling zwischen 1914 und 1918 als Domprediger in Berlin zum »Heiligen Krieg« aufrief) waren Anhänger des Regimes. Ihre Gottesdienste glichen nationalsozialistischen Spektakeln. Die Predigten schlossen mit Fürbitten für Hitler. Dankgottesdienste zum Jahrestag der »Machtergreifung«, des »Tags von Potsdam« und des »Anschlusses« Österreichs oder zum Geburtstag Hitlers gehörten selbstverständlich mit ins Programm.

Schwierig gestaltete sich das Verhältnis zu den anderen Potsdamer Gemeinden. Denn die Garnisonkirche war privilegiert, sie verfügte über viel Geld, und die Zivilgemeinde war direkt dem Oberkirchenrat unterstellt. Als der Kantor der Nikolaikirche an die Garnisonkirche wechselte, eskalierte die Situation. Der Pfarrer der Nikolaikirche startete eine regelrechte Kampagne. Seine Kollegen an der Garnisonkirche würden zwar mit »Heil Hitler!« grüßen, insgeheim aber Sympathien für die Bekennende Kirche hegen. Doebling und Damrath wiesen die Vorwürfe zurück, und auch die Deutschen Christen im Gemeindekirchenrat bestätigten deren Führertreue. Außerdem wiesen sie darauf hin, dass führende Nationalsozialisten gute Beziehungen zu den Pfarrern unterhielten. Rudolf Damrath und Johannes Doebling machten während des Krieges denn auch steil Karriere. Damrath brachte es sogar bis zum obersten Pfarrer im besetzten Frankreich, und am 19. Juli 1940 durfte er in der Kathedrale Notre-Dame in Paris die Siegespredigt halten.

Während des Zweiten Weltkrieges erreichte der Kult um die Garnisonkirche seinen Höhepunkt. Am 3. September 1939 gab es einen großen Gottesdienst, in dem die an die Front abrückenden Regimenter gesegnet wurden. Vom 4. bis 10. Oktober 1939 feierte man den Sieg über Polen mit täglichem Glockengeläut.

Nach den Niederlagen von Moskau und Stalingrad änderte sich das Bild. Nun galt es, den Durchhaltewillen zu stärken. Das Schicksal Friedrichs II. musste erhalten, um die Moral zu heben: Während des Siebenjährigen Krieges hatte der Preußenkönig gegen eine übermächtige Koalition aus Frankreich, Russland und Österreich gekämpft, den Krieg am Ende aber dennoch für sich entscheiden können. Die Veranstaltungen in der Garnisonkirche trugen Titel wie »Ewiges Deutschland« und beschworen den »Endsieg«.

So ging es weiter und weiter. Selbst am 24. Januar 1945 wurde noch eine NS-Feier abgehalten. Erst die Zerstörung der Kirche durch britische Bomber am 14. April 1945 setzte dem ein Ende. Der Bau, in dem von seiner Errichtung an der Krieg geheiligt worden war, fiel selbst dem Krieg zum Opfer.

Die Geschichte der Garnisonkirche stellt für das Wiederaufbauprojekt eine schwere Hypothek dar. Ist es wirklich die Mühen wert, ein Gebäude wieder zu errichten, das nicht nur ein Sinnbild des preußischen Militarismus war, sondern auch Pilgerziel für Demokratieverächter und nationalsozialistische Weihstätte? Auf diese Frage muss die Synode eine Antwort finden, die in ein paar Tagen in Berlin beginnt. Die historischen Fakten sollte sie dazu zur Kenntnis nehmen.

Der Autor ist Journalist und arbeitet derzeit an einem Buch über die Garnisonkirche im 20. Jahrhundert

Lenin muss weg

Putin und das schwierige Erbe der Sowjetzeit VON MICHAEL THUMANN



Die Sätze kamen einer öffentlichen Hinrichtung gleich: Lenins Weltrevolution, sagte Wladimir Putin vor Kurzem in der südrussischen Provinz, sei doch eine ziemlich schlechte Idee gewesen, und mit der Schaffung autonomer Republiken habe der Gründer der Sowjetunion »eine Atombombe unter das Gebäude Russland geschoben«. Am Ende sei alles in die Luft geflogen. Der Präsident erklärt damit den sowjetischen Urvater, der im Mausoleum vor seinem Büro ruht, zum Zerstörer des Imperiums – und das ein Jahr vor dem großen, dem 100. Jubiläum der russischen Revolution von 1917.

Die Sowjetunion selbst hält er auch weiterhin in Ehren, nämlich in ihrer imperialen Größe, zu der Stalin sie geführt hat. Da ist sie ihm geradezu ein Vorbild. Mit dem Geburtsfehler aber, dass sie aus einer Revolution hervorgegangen ist, gilt es nun offenbar aufzuräumen.

Einmal mehr führt diese Volte vor Augen, von welchem Nutzen die Historie in Putins Russland ist: Sie dient zur Festigung des Regimes. Etablierte Geschichtsbilder werden dazu ohne Zögern auf den Kopf gestellt. Zu Sowjetzeiten war man stolz auf 1917 und andere Erhebungen. Derzeit aber kann niemand im Kreml Revolutionen gebrauchen. Man erinnert sich mit Schrecken an die Proteste gegen Putin 2011 und 2012.

Spätestens seit der ukrainischen Revolution von 2014 sieht Russlands herrschende Klasse die eigene Geschichte durch dieses Prisma. Die Gegenüberstellung ist immer die gleiche: hier die rechtmäßige Regierung, dort Banditen und Aufständische, die das Chaos bringen. Ob 1917, als die Zarenherrschaft endete, 1993, als man in Moskau den Putsch probte, oder 2004, als die Regierung in Kiew abgesetzt wurde – immer wieder, sagt Konstantin Kostin, der Chef der kremlnahen Stiftung für die Entwicklung

der Zivilgesellschaft, seien dieselben »orangenen Techniken« zur Anwendung gekommen: Besetzung öffentlicher Plätze, provozierte Konflikte mit der Obrigkeit, Lügenformeln wie »Wir sind Demokraten, ihr seid die Diktatoren« und am Ende nackte Gewalt.

Einige russische Historiker finden neuerdings, das sei schon 1905 in der ersten russischen Revolution des 20. Jahrhunderts so gewesen. Die Zeitschrift *Istoriik* etwa verdammt diese Umwälzung, die zum ersten gewählten Parlament Russlands führte, ganz im Sinne des Kremls. Ein Autor spricht vom »blutigen Terror«, den die Russen in diesem »Bürgerkrieg« erleiden mussten. Putin selbst rühmt als Helden dieses kurzen parlamentarischen Intermezzos einzig den Ministerpräsidenten Pjotr Stolypin, der nach der Revolution den linken Fraktionen in der Duma zurief: »Ihr wollt große Erschütterungen, wir wollen ein großes Russland!«

Aus der Sicht Putins sind alle Formen des öffentlichen Protests eine Vorstufe zum Staatsstreich. Deshalb

räumt die Polizei heute jede noch so kleine Demo ab. Und deshalb muss auch das Geschichtsbuch sauber bleiben. Die Revolutionen des 20. Jahrhunderts gelten als staatszersetzend – und als von außen finanziert. Ein Aufsatz in *Istoriik* beklagt denn auch, dass sich die Revolutionäre 1905 von Japan bezahlen ließen, mit dem Russland im Krieg stand: »Sie vernachlässigten die gesamtstaatlichen Interessen und einigten sich mit dem Feind Russlands für ihre Parteiziele.«

Der Oktoberrevolution 1917 haftet derselbe Makel an. Die Deutschen, wird heute in Moskau betont, hätten Lenin finanziert, um Russland zu besiegen. So wie die Amerikaner den Maidan bezahlt hätten. Merke: Revolutionäre sind immer vom Ausland gedungene Agenten.

Und heute? Könnte es unter der Last der schweren Wirtschaftskrise wieder zu Aufständen kommen? Der Kreml-Soziologe Konstantin Kostin winkt ab: »Diese Zeiten haben wir längst hinter uns.«